

Zusammenfassung des

Eckpunktepapiers zur Nachsteuerung des ProstG -

BMFSFJ, Ministerin Manuela Schwesig vom 14.08.2014

Autor: Klaus Fricke SIB-SWinfoBremen@gmx.de

Name des geplanten Gesetzes

**Gesetz zum Schutz der in der Prostitution Tätigen
Prostituiertenschutzgesetz
ProstSchG**

Angestrebtes Datum der Rechtsgültigkeit: 01.01.2016

Einordnung in das Rechtssystem

**als eigenständiges Gesetz (neues Stammgesetz)
außerhalb der Gewerbeordnung**

Ziel: Verbesserter Schutz der in der SW Tätigen (vor Kriminalität in der SW)

insbesondere:

- Selbstbestimmungsrecht von SW stärken
- verträgliche Arbeitsbedingungen im SW
- Gesundheitsschutz von SW
- Überwachung verbessern
- Rechtssicherheit der legalen SW erhöhen
- Kriminalität im Zusammenhang mit SW bekämpfen
 - auch: Jugendgefährdung ausschließen
 - nicht: Schutz vor Stigmatisierung und Diskriminierung

Mittel zur Zielerreichung bzw. Regelungsgegenstände des Prost-Schutz-G:

Erlaubnispflicht

- für alle Sexarbeitsorte und für Vermittlung und Organisation von SW
- Ausnahme: allein arbeitende SW in eigener Wohnungen
- Übergangsregelung für bestehende SW Orte

Vorraussetzungen für Erlaubnis

- Zuverlässigkeitsprüfung der Betreibenden und ihrer Vertretungen
 - räumliche Mindeststandards
 - hygienische Mindeststandards
 - Mindeststandards des Gesundheitsschutz
 - Mindeststandards der Sicherheitseinrichtungen und -maßnahmen
 - auch:
 - baurechtliche Unbedenklichkeit
 - Kinder- und Jugendschutz
 - Arbeitsschutz anderer Beschäftigter als der SW
 - Schutz Dritter vor Gefährdungen und Schädigungen
 - Schutz der Anwohner von Orten der SW
- Regelungen In Abhängigkeit von der Art der SW, befristete Erlaubnis

Sanktionen gegen und/oder Verbot von SW die befürchten lässt, dass sie

- das sexuelle Selbstbestimmungsrecht von SW gefährden
- die Gesundheit von SW gefährden
- Ausbeutung von SW Vorschub leisten
- Sanktionierung entsprechend Ordnungswidrigkeitskatalog und -strafen
 - auch: wenn die Gesundheit anderer von SW Betroffener gefährdet wird

Pflichten der Betreibenden

- Vorlage eines Betriebskonzeptes
- Nachweis der (Vermietungs-) Verträge mit den SW
- Informationspflicht Safer-Sex
- Kondomauslage

- Auskunftspflicht zum SW Betrieb gegenüber Behörden
- Einsichtsgewährung Betriebsunterlagen SW für Behörden
- Zugangsgewährung zum SW Ort für Behörden
- Zugangsermöglichung für SW zu Gesundheits- und Sozialberatung
 - auch: - Meldepflicht Tätigkeitsaufnahme und Ende der SW an Behörde
 - Prüfpflicht ob Anmeldung der Tätigkeit seitens SW erfolgt ist
 - Ausschluss Minderjähriger (örtlich/räumlich)
 - Einhaltung sonstiger gesetzlicher und behördlicher Vorgaben

Pflichten der SW

- Teilnahme an Beratung zu sozialen, gesundheitlichen, Rechts-, und Krankenversicherungsfragen
- Meldepflicht der Tätigkeit in jeder Kommune
- Vorlage des SW-Pass gegenüber Behörden, Betreibenden von SW Betrieben
 - auch: - gegenüber Kunden
 - und: - Nachweisdokument (SW-Pass) der erfolgten Meldung muss vorhanden sein

Sonstiges:

Werbeverbot

- für ungeschützten GV
- riskantes sexuelle Verhalten

Überwachung, Nachschau sonstige behördliche Befugnisse

- Einsichts- und Betretungsbefugnisse und -pflichten
- entsprechend Landesgesetzen
- sonstige polizeiliche und behördliche Befugnisse bleiben davon unberührt

Rechtsverhältnis zwischen Prostituierten und Betreibenden

- keine Gefährdung des sexuellen Selbstbestimmungsrechtes der SW durch Betreibende
- Möglichkeit der selbständigen Tätigkeit
- Möglichkeit eines Beschäftigungsverhältnisses
- Scheinselbstständigkeit wird als überwiegend vorhanden angenommen

Kommunale Befugnisse sonstiger Art

- bleiben uneingeschränkt (z.B. Sperrbezirke, Baurecht) bestehen